Die Kontroverse ist entbrannt

Autor(en): **Mäder, N.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **104 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-856463

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

BRANCHE **PANORAMA**

Die Kontroverse ist entbrannt

Ein Überblick über die wichtigsten Stellungnahmen zur Energiestrategie 2050

Bei Energieministerin Doris Leuthard sind rund 450 Stellungnahmen zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 eingegangen. Das Bulletin SEV/VSE gibt nachfolgend ausschnittsweise die Haltung bedeutender Akteure wieder – ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Ausgewogenheit.

Unterschiedlicher könnten die Ansichten kaum sein: Von «unsolide und volkswirtschaftlich gefährlich» bis «zu wenig schnell» lauten die Voten zum bundesrätlichen Vorschlag der künftigen Energiepolitik. Viel Arbeit also für das Bundesamt für Energie, das nun bis September eine Botschaft ans Parlament verfassen soll. Wie verschieden die Einschätzungen ausfallen, zeigen die Ausschnitte aus Pressemitteilungen und Stellungnahmen von Parteien und anderen Interessengruppen.

BDP: «Ganzheitlicher Ansatz fehlt»

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz begrüsst die vom Bundesrat vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich. Die BDP fordert die Energieeffizienz aber nicht nur im Strombereich, sondern auch bei allen anderen Energieträgern. Ebenso müssen Massnahmen im Bereich der Speicherung ergriffen werden, damit die Förderung von erneuerbaren Energien zielführend ist. Die BDP vermisst ausserdem Konkretisierungen zur zweiten Etappe der Energiestrategie 2050.

CVP: «Erster Schritt in die richtige Richtung»

Die CVP erachtet den Ausstieg aus der Kernenergie und den damit verbundenen Ausbau der Energieproduktion aus erneuerbaren, einheimischen Energiequellen als Chance für die Schweiz. Durch die Energieproduktion können die regionale Wirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Kernelement der Energiestrategie muss die Steigerung der Energieeffizienz sein. Diese darf aber nicht so ausgestaltet werden, dass sie die wirtschaftliche oder soziale Entwicklung einschränkt und zu neuen Disparitäten führt. In der Schweiz spielt die Industrie eine wichtige Rolle. Der Ausstieg aus der Kernenergie darf diesen wichtigen Bereich nicht benachteiligen.

Economiesuisse: «Wirtschaftliche Sackgasse»

Für Economiesuisse sind die Grundlagen der Energiestrategie 2050 unsolide und volkswirtschaftlich gefährlich. Die Vorlage des Bundesrats führt in eine wirtschaftliche Sackgasse. Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft kann die Energiestrategie 2050 nicht mittragen, da der vorgeschlagene Mix aus Regulierung, Subventionen, Steuererhöhungen, Planungseingriffen und Bürokratie nicht zielführend sei und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stark gefährde. Die Wirtschaft fordert deshalb eine gründliche Überarbeitung der Vorlage in Einklang mit einer liberalen Wirtschaftsordnung.

FPD: «Keine ausufernden Subventionen»

Die FDP unterstützt eine Neuausrichtung der Energiepolitik, lehnt aber ausufernde Subventionen und Technologieverbote ab, wie sie die Energiestrategie 2050 des Bundesrates beinhaltet.

Patrick Keller

Bundesrätin Doris Leuthard (hier am Stromkongress): Viel Post erhalten.

BRANCHE **PANORAMA**

Vielmehr fordert die FDP die Umsetzung einer neuen Energiepolitik unter stabilen und marktorientierten Rahmenbedingungen. Ohne Transparenz bei den volkswirtschaftlichen Kosten der Energiewende laufen wir Gefahr, dass diese aus dem Ruder läuft und Arbeitsplätze im bereits unsicheren wirtschaftlichen Umfeld verloren gehen.

Gemeindeverband: «Dezentraler Ansatz nötig»

Gemäss Gemeindeverband ist für das gute Gelingen der Energiewende ein enger Einbezug der Gemeinden in die Politik des Bundes und der Kantone absolut zentral. Diesem Umstand wird in der vorliegenden Vorlage zu wenig Rechnung getragen. Der Gemeindeverband verlangt deshalb dringend ein klares und systematisches gesetzliches Bekenntnis des Bundes zu einer dezentralen Energiepolitik, welches ausdrücklich auch eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden in den für sie relevanten Bereichen vorsieht.

Gewerbeverband: «Kein Zwang»

Der Schweizerische Gewerbeverband begrüsst die markante Erhöhung der Energieeffizienz sowie den Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion. Gleichzeitig stellt er aber auch grossen Optimierungsbedarf in der Vorlage fest und lehnt Gebrauchsvorschriften, Zwang und Technologieverbote ab. Die Verbindung von Klima- und Energiepolitik muss ein vorrangiges Ziel der Energiestrategie sein, das nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln zu erreichen ist.

Grüne: «Scheinwende droht»

Die Grünen unterstützen die Stossrichtung der Energiestrategie 2050. Allerdings fehlen verbindliche Abschalttermine für die bestehenden AKW. Ausserdem muss bei den Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Förderung der erneuerbaren Energien deutlich nachgebessert werden. Andernfalls wird aus der Energiewende eine «Scheinwende».

Kantone: «In den Grundsätzen mitgetragen»

Die Energiestrategie 2050 des Bundes wird in den Grundsätzen von den Kantonen mitgetragen. Die Umsetzung der Energiestrategie wird strukturelle Konsequenzen haben. Deshalb ist auf die Steuerung über marktwirtschaftlich orientierte Instrumente hinzuarbeiten. Die erste Etappe der Energiepolitik 2050 basiert in erster Linie auf der Stärkung bekannter Massnahmen und leitet nur ansatzweise eine neue Energiepolitik ein. Verschiedene politische Entscheide (zweiter Marktöffnungsschritt im Strommarkt, bilaterales Stromabkommen, diverse Volksinitiativen) werden bis 2020 die Energiepolitik massgeblich prägen. Die Kantone sind der Ansicht, dass bereits in der ersten Etappe klarere Schritte in die Richtung einer strategieorientierten Energiepolitik gemacht werden sollen. Die wachsende Bedeutung der dezentralen Energieproduktion verlangt auch in Zukunft eine föderalistische Energiepolitik.

Städteverband: «Richtige Richtung»

Der Schweizerische Städteverband unterstützt die Stossrichtung der Energiestrategie 2050. Angesichts der zahlreichen Städte und Gemeinden, die mit der Umsetzung der Energiewende längst begonnen haben, verlangt der Städteverband jedoch einen stärkeren Einbezug der kommunalen Ebene in die Energiepolitik. In verschiedenen Einzelfragen vermisst der Verband zudem eine Gesamtenergiebetrachtung.

Travail Suisse: «Schnellere Umsetzung»

Die Gewerkschaft Travail Suisse begrüsst die Stossrichtung der Energiestrategie 2050, die auf Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien setzt. Die angestrebten Ziele sollten indes schneller umgesetzt werden. Die Schweiz könnte damit im Bereich der Cleantech wieder eine Vorreiterrolle einnehmen. Innovation und Beschäftigung würden gefördert.

SVP: «Energiestrategie 2050 führt ins Abseits»

Die SVP lehnt die Vorschläge des Bundesrates entschieden ab und fordert mit ihrem Gegenkonzept eine realistische Energiepolitik, welche eine Versorgung mit genügend, kostengünstiger, möglichst unabhängiger und sicherer Energie garantiert. Die SVP verlangt vom Bundesrat zudem, dass er eine detaillierte Gesamtschau über alle Phasen der Energiestrategie auf den Tisch legt, was im vorliegenden Entwurf in keiner Art und Weise der Fall ist. Der komplette Massnahmenkatalog, wie auch die nötigen gesetzlichen Anpassungen sind alle unter ein referendumsfähiges Rahmengesetz zu stellen, damit das Volk demokratisch darüber befinden kann.

Umweltverbände: «Klar hinter der Energiestrategie»

Die Umweltallianz unterstützt den Bundesrat in den Zielsetzungen der Energiestrategie 2050. Sie stellt sich klar hinter dieses Generationenprojekt. Voraussetzung für den Energieumschwung ist ein effizienter Strommix aus 100% einheimischen und erneuerbaren Quellen bis spätestens 2035, schreiben Greenpeace Schweiz, Pro Natura, Schweizerische Energiestiftung SES, WWF Schweiz und VCS Verkehrs-Club der Schweiz. Der Weg zu diesem für die Schweiz lohnenden Zwischenziel ist realistisch und machbar – mit verbindlichen AKW-Abschaltdaten und ohne Abstriche beim Klima- und Naturschutz.

VSE: «Nachbesserungen nötig»

Der VSE unterstützt die Stossrichtung der Energiestrategie 2050, welche verstärkt auf Effizienz und Nachhaltigkeit hinzielt. Die Vorlage selbst ist zu überarbeiten und in wesentlichen Punkten zu erweitern. Statt isolierter Einzelmassnahmen muss der Ausbau von Produktion, Netz und Speicherung abgestimmt erfolgen. Kostensolidarität im Stromnetz und die Förderung der Gesamtenergieeffizienz nach dem Verursacherprinzip sind notwendig. Anstelle von Einsparquoten für Stromlieferanten fordert der VSE in seinem Alternativvorschlag Effizienzzielvereinbarungen für KMU. Das KEV-System ist zu entbürokratisieren, und anstelle einer Förderung nach dem Prinzip «produce and forget» sind Anreize für eine nachfragegerechte Produktion mit Erneuerbaren zu schaffen, welche die Rolle der einheimischen Wasserkraft nicht infrage stellen. Von Subventionen fossiler Energien ist abzusehen, gefordert sind stattdessen gleich lange Spiesse für Wärmekraftkoppelungsanlagen und Gaskombikraftwerke.

Zusammenstellung: N. Mäder

Link

Sämtliche Stellungnahmen sind abrufbar unter: www.energiestrategie2050.ch